

Hundertmal Kommunal



**Erfolgreiche CDU-Politik für
Tempelhof-Schöneberg**



Vorwort

Bezirkspolitik erfüllt eine wichtige Funktion im Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in Berlin. Entscheidend für eine gute Politik zum Wohle aller im Bezirk ist Sachorientierung und Bürgernähe. Unter diesen Leitlinien haben die CDU-Fraktion und die von der CDU geführten Bezirksamtsressorts seit der letzten Wahl im Jahr 2006 konsequent Politik gemacht.

Anders als in Landesparlamenten oder im Bundestag gibt es in den Bezirken keine politischen Koalitionen oder Regierung und Opposition für eine Legislaturperiode. Dies sieht die Berliner Verfassung auch nicht vor. Alle Parteien sind, vorausgesetzt sie erreichen einen bestimmten Prozentsatz der Stimmen, mit Bezirksamtsmitgliedern an der „Bezirksregierung“ beteiligt. Lediglich die Wahl des Bezirksbürgermeisters erfolgt mit einer „Zählgemeinschaft“, also einer politischen Koalition. 2006 wurde diese Zählgemeinschaft aus CDU und SPD gebildet und hat trotz Trennendem die Haushaltspolitik und die Neuansiedlung von Investitionen im Bezirk bisher gemeinsam gestaltet. Weit mehr als 50% aller Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung sind in unserem Bezirk einstimmig. In vielen Bereichen der politischen Praxis gibt es dennoch bei unterschiedlichen Fragestellungen unterschiedliche politische Mehrheiten.

Die Möglichkeiten der Bezirkspolitik sind stark eingeschränkt. Die finanziellen Möglichkeiten in unserem Bezirk sind durch die Zuweisung der Haushaltsmittel durch den Senat begrenzt, personelle Neueinstellungen bedürfen ebenfalls der Genehmigung und bei wichtigen Planungsentscheidungen wie dem Flughafen Tempelhof können dem Bezirk die Planungsbefugnisse entzogen werden. Wir bewegen uns in Tempelhof-Schöneberg also in einem engen Korsett der Senatspolitik und können deren Fehlentwicklungen nur sehr begrenzt korrigieren.

Die CDU hat mit den Bezirksamtsressorts für Schule, Kultur und Senioren sowie Bau und Stadtplanung Verantwortung für wichtige Bereiche im Bezirk übernommen. Vor der Wahl 2006 haben wir Ihnen eine Politik versprochen, die sich am Gemeinwohl, der Vernunft und dem politisch Möglichen orientiert. Auf den nachfolgenden Seiten haben wir eine Auswahl von erfolgreicher Politik im Bezirk für Sie zusammengestellt. Dazu reiht sich eine Vielzahl kleiner und kleinster Initiativen und Fragestellungen, angefangen bei Verkehrsfragen bis zur Anschaffung von zusätzlichen Medien für eine Bibliothek. Nicht mehr und nicht weniger ist Bezirkspolitik.

Ihr

Inhaltsübersicht

- **Finanzen**
- **bürgernahe Verwaltung – Entbürokratisierung**
- **Sicherheit und Ordnung**
- **Schule**
- **Jugend und Sport**
- **Kultur**
- **Gesundheit und Soziales**
- **Senioren**
- **Integration**
- **Natur und Umwelt**
- **Verkehr**
- **Stadtplanung und Wirtschaft**

Finanzen

In diesem Bereich besteht nahezu vollständige Abhängigkeit vom Berliner Senat. Die Bezirksaufgaben werden durch einen vom Senat festgelegten Geldbetrag, der sogenannten Globalsumme, finanziert. Im Kern basiert diese Mittelzuweisung auf der Kosten- und Leistungsrechnung der Bezirke, wird jedoch durch einen völlig undurchschaubaren Dschungel von Zu- und Abschlägen völlig verzerrt. Für den Haushalt 2010 – 2011 fehlen den Berliner Bezirken insgesamt 70 Millionen Euro jährlich für die Wahrnehmung ihrer laufenden Aufgaben, also für unseren Bezirk ein Betrag zwischen 5 und 10 Millionen Euro.

In Tempelhof-Schöneberg konnten wir bis in das Jahr 2009 mit Haushaltsüberschüssen vergangener Jahre den laufenden Haushalt finanzieren. Für die Jahre 2010 und 2011 ist dies nur begrenzt möglich, der Bezirkshaushalt steckt tief im Defizit. Ende 2009 wurde eine Haushaltssperre durch das Bezirksamt erlassen. Das Hauptproblem ist die chronische Unterfinanzierung der Bezirke durch den Senat, als deren Folge nunmehr Sozialprojekte reduziert, Räume inklusive der Schulen intensiver genutzt und öffentliche Gebäude geschlossen werden müssen.

Rathäuser, Schulen und andere öffentliche Gebäude im Bezirk haben bauliche Mängel, zu deren Beseitigung mehr als 100 Millionen Euro nötig sind. Der vom Senat vorgegebene Ansatz im Bezirksetat für baulichen Unterhalt und Investitionen umfasst bestenfalls 10% dieses Betrages, der Verfall der Gebäudesubstanz geht deshalb unverändert weiter. Für den Bereich der Straßen ist die gleiche Situation gegeben. Das Berliner Straßennetz verfällt in immer schnellerem Tempo. Eine solche Senatspolitik kann nicht durch die Bezirke kompensiert werden, eine grundsätzliche Veränderung dieser Politik ist nur mit einer Ablösung des rot-roten Senats möglich.

Die aus Bezirksmitteln finanzierten Sonderprogramme zur Instandsetzung von Schultoiletten, Sporthallen und Kinderspielflächen sind 2010 eingestellt worden. Chancen für eine Wiederaufnahme dieser Zukunftsinvestitionen sind auf Jahre nicht erkennbar. Im Rahmen der Sparanstrengungen der Jahre 2010 – 2012 werden deshalb viele liebgewordene Einrichtungen und Angebote auf den Prüfstand gestellt.



Bürgernahe Verwaltung - Entbürokratisierung

Verwaltung muss so organisiert werden, dass kurze Wege, kurze Wartezeiten sowie fachkundige Beratung und Bearbeitung bei Verwaltungsvorgängen der Maßstab für Verwaltungshandeln sind. Im Rahmen unserer Kontrollaufgaben haben wir uns an diesen Maßstäben orientiert und folgende Initiativen realisieren können:

- **Beteiligung der Bürger an der Ausgabenplanung des Bezirks über einen Bürgerhaushalt.** Ziel ist die stärkere Beteiligung der Bürger am Gemeinwesen. Das Verfahren ist für den Haushalt 2010/11 erstmalig zur Anwendung gekommen.
- **Möglichkeit zur Vergabe von Online-Terminen auch im Bürgeramt Tempelhof-Schöneberg (Drs. 964/XVIII).** Das Verfahren sollte im Bezirk im 3. Quartal 2009 eingeführt werden, zurzeit gibt es zumindest die Möglichkeit zur telefonischen Terminvereinbarung, so dass die Wartezeiten deutlich reduziert werden konnten. Gleichzeitig konnten Serviceleistungen wie der Vordruckservice und „Bürgerangelegenheiten online“ verbessert werden. Samstagsöffnungszeiten scheiterten nach einem berlinweiten Probelauf an der nicht ausreichenden Personaldecke in unserem Bezirk.
- **Der Berlin Pass für Hartz IV Empfänger sollte nicht nur in den Bürgerämtern ausgeben werden (Drs. 963/XVIII).** Mit der Verlagerung dieser Aufgabe vom JobCenter in die Bürgerämter haben sich lange Warteschlangen in den Bürgerämtern gebildet. Dies war alles andere als bürgerfreundlich, sondern eine Zumutung für alle Beteiligten. Die Wartezeiten in unseren Bürgerämtern haben sich inzwischen deutlich reduziert.
- **Einrichtung eines mobilen Bürgeramtes in Marienfelde seit 2008.** Aus personellen Gründen ist das Bürgeramt zwar nur einmal wöchentlich geöffnet, es hat das bürgernahe Angebot im Süden des Bezirks jedoch deutlich verbessert.
- **Verbesserter Verbraucherschutz als Folge von verstärkten Kontrollen durch die Lebensmittelaufsicht.** Im Rahmen des „Gammelfleischskandals“ wurden flächendeckende Probeentnahmen durchgeführt. Die Forderung nach einem Bonus-Malus-System (sog. Ekellisten) oder dem Smiley-Verfahren in der Gastronomie wollte das Bezirksamt aus rechtlichen Gründen nicht umsetzen. Das SPD geführte Ressort hat die von CDU und Grünen eingeforderte Vorreiterrolle beim Verbraucherschutz abgelehnt.
- **Runder Tisch zum Thema Müll im Crelle Kiez (Drs. 1083/XVIII).** Bürgerschaftliches Engagement bei der Reinigung dieses Teils von Schöneberg sollte durch das Bezirksamt stärker unterstützt werden. Die Maßnahme war erfolgreich.
- **Stärkung des Ehrenamtes im Bezirk durch Initiativen**
 1. für Vergünstigungen von ehrenamtlich tätigen Personen in bezirklichen Einrichtungen und bei bezirklichen Veranstaltungen.
 2. bei der Werbung für die Funktion der Schiedsämter.
 3. beim Erhalt des Projekts „Helfer im Kiez“ in der Lindenhofsiedlung.
- **Im Rahmen von Entbürokratisierung im Bezirk haben wir mehrere Initiativen zum Abbau von überflüssigen Verkehrszeichen im Bezirk gestartet.** In einer einmaligen Aktion wurden überflüssige Schilder (insgesamt 73) entfernt (Drs. 92/XVIII). Dies sollte der Beginn einer jährlichen regelmäßigen Überprüfung durch das Bezirksamt werden, was mit einer erneuten Initiative eingefordert wurde (Drs. 584/XVIII). Auch an dieser Stelle zeigt sich das SPD geführte Ressort als unbeweglich und wenig entscheidungsfreudig. Die Realisierung der Anträge wird nunmehr laufend überwacht.

Sicherheit und Ordnung

Der allgemeine Ordnungsdienst des Ordnungsamtes hat wichtige Aufgaben in den Berliner Bezirken, vorausgesetzt er hätte ausreichend und geeignetes Personal für seine Aufgaben. Im Vergleich zu einer mittelgroßen Stadt wie Celle hat unser Bezirk bezogen auf die Einwohner nur rund 25% der Personalstärke, obwohl die Überwachung der Ordnungsaufgaben in einer Großstadt deutlich schwieriger ist. Gleichzeitig musste das Ordnungsamt ausschließlich aus Personalüberhängen anderer Verwaltungen gebildet werden, ohne zusätzliches qualifiziertes ausgebildetes Personal einstellen zu dürfen. Dass bei einer solchen Ausgangslage die Ordnungsämter bei allen wesentlichen Aufgaben schnell hoffnungslos überfordert sind, ist eine Tatsache, die aufgrund der finanziellen und personellen Rahmenbedingungen ausschließlich durch den Berliner Senat zu verantworten ist. Die Beschwerden der Bürger über die Verwahrlosung des Bezirks sind deshalb auch berechtigt, Abhilfe kann aufgrund der geschilderten Situation auf Bezirksebene immer nur in Einzelfällen erreicht werden. Folgende Initiativen wurden eingeleitet:

- **Erneuerung der Beleuchtung zwischen Zentralbibliothek und Rathaus Tempelhof (Drs. 898/XVIII).** Die Maßnahme wurde soweit wie möglich umgesetzt.
- **Erfolgreiche Bekämpfung der illegalen Automärkte durch gemeinsames Handeln von Ordnungsamt und Stadtplanungsamt.** Im Umfeld der illegalen Automärkte hatten sich Kleinkriminalität sowie Beeinträchtigungen der Anwohner durch Lärm und Müll gebildet. Es konnte die Räumung eines großen Automarktes erreicht und die Entwicklung neuer Automärkte an der Ordensmeisterstraße und der Lichtenrader Blohmstrasse verhindert werden. Der Automarkt Teilestraße wird inzwischen regelmäßig kontrolliert und selbst die Probleme im Bereich Bautzener Straße und Yorckstraße sind nun weitestgehend gelöst.
- **Das Großbordell (- genannt Laufhaus -) an der Kurfürstenstraße / Potsdamer Straße konnte verhindert werden.** Gegen den sich systematisch ausbreitenden Straßenstrich rund um die Kurfürstenstraße werden Sozialarbeiter eingesetzt, jedoch ohne Erfolg. Für darüber hinausgehende, restriktive Maßnahmen hat die CDU im Bezirk keine Mehrheit gefunden.
- **Forderungen nach Erhalt des Aufsichtspersonals auf den S-Bahnhöfen im Bezirk (Drs. 142/XVIII) sowie nach beschleunigter Entfernung von Graffiti an Bahnanlagen im Bezirk (Drs. 325/XVIII).** Die 1. Initiative wurde von der S-Bahn mit Sparzwängen abgelehnt, die 2. Initiative hat die Situation im Bezirk zunächst verbessert. Entscheidend sind regelmäßige Beschwerden der Bürger bei der Bahn und den Bezirksgremien, da mit nachlassendem Druck der Öffentlichkeit die Bahn in alte Verhaltensmuster zurück verfällt.
- **Erhalt der Polizeiabschnitte im Bezirk (Drs. 267/XVIII).** Hier waren wir erfolgreich. Ziel ist: Keine Verschlechterung der Sicherheitslage in den Kiezen, kurze Wege helfen dabei. Eine Verbesserung der jetzigen Situation kann nur durch mehr Personal erreicht werden, die Entscheidung dafür liegt beim Senat.
- **Der Trödelmarkt vor dem Rathaus Schöneberg wurde auf den Rathausvorplatz begrenzt, Sauberkeit und Ordnung des Marktes wurden verbessert, die Einnahmen von mehr als 80.000,- € jährlich für den Bezirk gesichert (Drs. 273/XVIII).** Seit diesen Veränderungen erreichen die Fraktion keine Anwohnerbeschwerden mehr.

Schule

Schulpolitik in den Bezirken ist überwiegend auf die Bereitstellung der Gebäude sowie die Schulorganisation begrenzt. Trotzdem konnten im CDU geführten Schulressort viele positive Akzente gesetzt werden. Die Schulen im Bezirk sind solide und bieten ein breites Bildungsangebot. Damit unterscheidet sich trotz teilweise schwieriger Sozialstrukturen die Schulsituation wohltuend von Bezirken wie Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg oder Mitte. Im Einzelnen haben wir folgendes erreicht:

- **Der Ausbau der Ganztagsbetreuung ist fast abgeschlossen. Dabei wurden rund 25 Millionen Euro für Mensen und Betreuungsangebote verbaut.** Tempelhof-Schöneberg liegt damit in der Spitzengruppe der Berliner Bezirke und leistet damit auch einen aktiven Beitrag für einen besseren Bildungspolitik
- **Trotz der demographischen Entwicklung mit insbesondere in den südlichen Teilen des Bezirks deutlich sinkenden Schülerzahlen, wurden nur drei Grundschulen im Bezirk geschlossen. Die übrigen Standorte wurden und werden verkleinert und durch ergänzende Nutzungen aufgefüllt.** Dies sichert die Möglichkeit, bei steigenden Schülerzahlen ausreichend Schulraum anbieten, bzw. eine Senkung von Klassenfrequenzen auch räumlich sicherstellen zu können. Nach Auffassung der CDU sollen Einsparungen durch Schülerrückgänge zumindest teilweise zur Verbesserung der Bildungsqualität verwendet werden.
- **Auf Initiative der CDU (Drs. 380/XVIII) konnten die musikbetonten Grundschulen in unserem Bezirk erfolgreich gesichert werden.**
- **Obwohl die CDU Zweifel am Erfolg von Gemeinschaftsschulen hat, wird die Peter-Paul-Rubens Grundschule bei der Umwandlung zur Gemeinschaftsschule unterstützt.** Damit hat der Bezirk auch ein Angebot für Interessenten dieser neuen Schulform.
- **Die CDU hält die Oberschulreform mit der Bildung von Sekundarschulen für völlig übereilt und hätte mindestens eine mehrjährige Modellphase mit ausgewählten Schulen für sinnvoll gehalten. Die Schulreform mit Ganztagsbetreuung ist nicht ausfinanziert und derzeit ist nicht klar, wie die notwendigen Mensen und Freizeitbereiche der Sekundarschulen finanziert werden sollen.** Der Senat hat die Forderungen unseres Bezirkes nach Finanzierung der Baumaßnahmen bisher nicht akzeptiert (Drs. 1290/XVIII). **Der Zugang an die Gymnasien im Wege des Losverfahrens wurde von der BVV ebenfalls abgelehnt, vom Senat ist der politische Wille des Bezirkes jedoch systematisch missachtet worden.**
- **Wir haben im Rahmen des Konjunkturprogramms II und anderer Förderprogramme auch Gymnasien umgebaut, damit die Rahmenbedingungen für das Lernen durch die höhere Stundenzahl beim 12-jährigen Abitur nicht systematisch verschlechtert werden.** Soweit die finanziellen Möglichkeiten es zulassen, werden wir Mensen sowie Ganztags- und Freizeitangebote an den Gymnasien einrichten.
- **Wir haben in jahrelanger Kleinarbeit erreicht, dass das Rückert-Gymnasium einen zweiten grundständigen Zug (ab Klasse 5) mit Französisch als erster Fremdsprache erhält (Drs. 1213/XVIII).** Damit wird dieses Gymnasium auch für Schüler außerhalb unseres Bezirkes zu einem interessanten Schulstandort.
- **Unter Respektierung der Wahlfreiheit erfolgt der Ausbau der Steinwaldschule zur Förderschule für Kinder mit körperlichen und geistigen Behinderungen.**

- **Mit dem bezirklichen Toilettensanierungsprogramm wurden für knapp zwei Millionen Euro in 2008 und 2009 in 17 Schulen die größten Missstände beseitigt.** Hier haben wir Vorbildfunktion in Berlin, trotzdem sind die Schulgebäude aufgrund der langjährigen Instandhaltungsrückstände teilweise im mangelhaften Zustand. Dafür trägt ausschließlich der Berliner Senat die Verantwortung
- **Für Marienfelde konnte das Angebot der Musikschule deutlich verbessert werden.**
- **Im Rahmen des Schul- und Sportanlagenanierungsprogramms wurden 3,4 Millionen Euro in 2008 und 2009 für die Verbesserung der Schulsporthallen investiert.** Diese Maßnahme kommt auch dem Vereinssport zugute.



Jugend und Sport

Seit Jahren hat sich die CDU dafür eingesetzt, dass bei der Organisation von Kinderbetreuung außerhalb der Familie die freien Träger der Wohlfahrtspflege, Kirchen und Selbsthilfegruppen die Aufgaben des Staates übernehmen. Die Träger sind flexibel und haben sich in der Vergangenheit auch als effektiver gezeigt. Sport spielt bei der Gesundheitsprävention eine wichtige Rolle, fördert die sozialen Kontakte und leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration. Erfolgreiche Sportpolitik ist ohne die ausreichende Verfügbarkeit von Geld für Instandsetzung und Neubau von Sportanlagen nicht möglich und ist damit in starkem Umfang von der Landespolitik abhängig. Folgende Einzelmaßnahmen konnten erreicht werden:

Jugend

- **Die Schullandheime Schwanenwerder, Sandwerder und die Einrichtung am Teufelssee wurden durch freie Träger übernommen und die Gebäude modernisiert und saniert.** Damit sind die Einrichtungen nach langen Jahren der Stagnation wieder für Gruppen im Bezirk attraktiver geworden.
- **Um die dringend notwendigen Jugendfreizeiteinrichtungen zu erhalten, wurden und werden Einrichtungen an freie Träger übertragen.** Die dadurch entstehenden Haushaltseinsparungen führen zu keinen Qualitätsverlusten (Drs. 1128/XVIII).
- **Beim Kinderschutz hat die CDU gemeinsam mit den Grünen die verpflichtende Teilnahme der Eltern an der U1 bis U9 Untersuchung für Kleinkinder durchgesetzt.** Leider ist die Initiative vom Senat nicht aufgenommen worden.
- **Der Jugendkeller in der Finchleystraße konnte für die Zukunft gesichert werden.**
- **Im Bereich der Spielplätze konnten Neuanlagen bzw. Erneuerungen erreicht werden (z.B. Ringstraße, Bornstraße, Hildburghäuser Straße, Wartburgplatz).**

Sport

- **Der Neubau der Sportanlage Matthäifriedhofsweg (Sportplatz) wird trotz erheblicher Kostensteigerungen** als Ersatz für die alte Radrennbahn realisiert werden. Spätestens 2011 wird mit den Arbeiten begonnen.
- **Sicherung der Wettkampfminigolfanlage des Miniaturgolfvereins 65 e.V. an der Marienfelder Allee/ Hanielweg gegen die Bebauung mit einem Einkaufsmarkt.**
- **Durchführung eines bezirklichen Sportanlagensanierungsprogrammes aus nicht verausgabten Geldern anderer Bezirke.** Hieraus wird z.B. die Anlage in der Bosestraße erneuert.
- **Die Kommunikation zwischen Sportamt und den Vereinen einerseits und mit den anderen Abteilungen des Bezirksamtes ist mangelhaft.** Dadurch verliert der Sport an Einfluss im Bezirk. Die Beschwerden der Vereine über die fehlende Unterstützung durch das SPD geführte Ressort häufen sich. Wir werden die Anliegen der Vereine auch weiterhin aufmerksam verfolgen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf das Sportamt einwirken. Ein Beispiel dafür ist die Wiedereröffnung des Kiosks auf der Sportanlage Monumentenstraße.
- **In den nächsten Jahren sind der Neubau der Sportanlage Baußernweg und die Instandsetzung der Halker Zeile geplant.** Dies haben CDU und SPD gegen den Widerstand der Grünen durchgesetzt. Ob eine Realisierung möglich ist, hängt in letzter Konsequenz von der Finanzlage des Bezirkes ab.

Kühle Köpfe für heiße Tage

Wir bleiben für Sie in Bewegung.

Ihre CDU-Fraktion
Tempelhof-Schöneberg

CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg

Rathaus Schöneberg
10820 Berlin
Telefon: (030) - 784 83 96
Telefax: (030) - 7870 3325
fraktion@cdu-tempelhof-schoeneberg.de



Tempelhof-Schöneberg kann mehr

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg mit seinen unterschiedlich geprägten Ortsteilen zeichnet sich durch eine breite Vielfalt des kulturellen Angebots aus. Dieses spannende, attraktive und vielfältige Kulturleben hat die CDU für die Bürgerinnen und Bürger aus allen Schichten der Gesellschaft erhalten können. Folgende Einzelmaßnahmen wurden realisiert:

- **Trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen wurde der Medienbestand in den Bibliotheken nicht verschlechtert und auch keine Einrichtung geschlossen.**
- **Teilnahme der Zentralbibliothek am deutschlandweiten Pilotprojekt zur elektronischen Ausleihe. Durch die Personalkosteneinsparungen konnte der Medienbestand erweitert werden.** Weitere Rationalisierungen beim Ausleihesystem werden angestrebt und bieten zusätzliche Chancen für den Personalkostenabbau.
- **In der Zentralbibliothek wurden Samstagsöffnungszeiten eingeführt und zusätzlich in den drei größten bezirklichen Bibliotheken 49 Internetzugänge eingerichtet.** Hiermit sollen die Bibliotheken weiter attraktiv gehalten werden.
- **Der überaus gut frequentierte Büchereibus konnte bis heute erhalten bleiben.** Das Fahrzeug ist jedoch in die Jahre gekommen und wird demnächst ersetzt werden müssen.
- **Die Volkshochschule konnte ihr qualitatives Angebot erhalten und das quantitative Angebot ausweiten.** Es erfolgte die Einführung von anerkannten Sprachtests zur Einbürgerung, von EDV-Kursen für Senioren sowie die europäische Sommerakademie.
- **Seit 2004 gibt es eine Qualitätstestierung in der Weiterbildung.** Dabei schneidet unsere Volkshochschule mit der Note „hervorragend“ ab.
- **Standorterweiterungen der Musikschule sind abhängig von der finanziellen Ausstattung des Bezirkes, Kooperationsvereinbarungen gibt es inzwischen mit 15 Schulen.** Sie dienen der Ergänzung zur schulischen Musikbildung oder wie in der Kita Elßholzstraße der elementaren Musikerziehung.
- **Auf Antrag der CDU „Mehr Heimatkunde im Bezirk“ wird im Rahmen der beschränkten finanziellen und personellen Mittel dieser Aspekt der Geschichtsarbeit im Bezirk künftig stärker betont.**
- **Zu den jährlichen Ausstellungen im Bezirk ist ab 2010 die Dauerausstellung „Wir waren Nachbarn“ hinzugekommen.** Sie ist überregional bekannt und setzt sich mit dem Lebensweg jüdischer Familien im Bayerischen Viertel auseinander.
- **Trotz der angespannten Finanzsituation konnten die Veranstaltungen Frauenmärz, Kulturlustgarten und Rocktreff erhalten werden.** Sie sind seit Jahrzehnten fester Bestandteil im Kulturleben des ehemaligen Bezirks Tempelhof.
- **Trotz Kürzungsbeschluss für die Senatszuschüsse konnte der CDU-Stadtrat mit Unterstützung aller Parteien im Bezirk das „Kleine Theater“ in Friedenau und das Puppentheater „Hans-Wurst-Nachfahren“ am Winterfeldplatz vor der Schließung bewahren.** Die Einrichtungen konnten nach langem Kampf mit dem Senat weiter finanziell abgesichert werden.

Für die CDU ist eine flächendeckende und wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung der Bevölkerung im Bezirk entscheidend. Sozialpolitik in den Bezirken reduziert sich nach den Hartz-Reformen auf Restbereiche. Beide Politikbereiche sind eng miteinander verbunden. Im Einzelnen sind folgende Initiativen von uns ausgegangen:

- **Die stationäre Versorgung mit Krankenhäusern (Wenckebach, Auguste-Viktoria, St. Joseph (Kinderchirurgie) bis 2010) konnte erhalten werden.** Die künftige Entwicklung der Standorte wird durch den Senat entschieden und ist auch von der Zukunft des Klinikums Benjamin Franklin abhängig.
- **Der Tag der Notfallmedizin im Bezirk (Drs. 244/XVIII) wurde auf Initiative der CDU durchgeführt.** Er sollte aufklärenden Charakter für die Bevölkerung im Bezirk haben und wurde mit allen wesentlichen Verbänden durchgeführt.
- **Die Bezirksbehindertenbeiräte wurden auf neue rechtliche Grundlagen gestellt.** Zwar konnte das Ursprungskonzept für eine Demokratisierung der Behindertenbeiräte nicht vollständig durchgesetzt werden, dennoch wurden im Bezirk neue rechtliche Rahmenbedingungen erreicht. Der neue Beirat ist nicht mehr Rollstuhl dominiert, sondern nimmt Belange, Interessen und Meinungen aller Behinderten im Bezirk wahr.
- **Der öffentliche Gesundheitsdienst muss seine Aufgaben auch in der Zukunft erfüllen können, deshalb müssen freie Stellen in der Verwaltung auch besetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Aufgaben des Kinder- und Jugendschutzes (Drs. 311/XVIII).** Der Bezirk war sich zwar einig, die Fremdbesetzung freier Stellen ist jedoch durch den Senat noch immer nicht genehmigt worden. Selbst Pflichtaufgaben des Bezirkes sind derzeit nur noch begrenzt zu erfüllen.
- **Die CDU hat mit den Grünen im Bezirk ein Alkoholverbot auf Spielplätzen und in Parkanlagen gegen die SPD durchgesetzt.** Künftig werden wir unseren Schwerpunkt auf die Durchsetzung dieser Maßnahme des Kinder- und Jugendschutzes legen, denn Erwachsene haben an sensiblen Orten wie Spielplätzen Vorbildfunktion für Kinder.
- **Der Bezirk hat sich auf Antrag (Drs. 82/XVIII) der CDU gegen die Einschränkung des Mobilitätsdienstes für ältere und gebrechliche Menschen im Bereich Schöneberg durch Wegfall des VdK eingesetzt.** Eine älter werdende Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass ihre Gesundheitsdienste nicht eingeschränkt, sondern bedarfsgerecht optimiert werden. Die zuständige Senatsverwaltung hat keine Bereitschaft zur Revision ihrer Entscheidung gezeigt.
- **Wir haben die Einrichtung eines Pflegestützpunktes in der Nähe des Rathauses Tempelhof favorisiert.** Wir hoffen, dass noch 2010 eine Realisierung erfolgen kann.
- **Eine weitere Initiative der CDU im Bezirk war die Umwandlung des bisherigen Taxikontos in ein Mobilitätskonto für Behinderte.** Dies hätte mehr Flexibilität für die Betroffenen geboten, wurde jedoch durch den Senat abgelehnt.
- **Für die CDU sind vor allem der Umgang mit den Neuregelungen zum Wohngeld und die überdurchschnittliche Bearbeitungsdauer der Anträge in Tempelhof-Schöneberg von großer Bedeutung.** Auf Initiative der CDU hat die zuständige Dezernentin der Grünen endlich umgesteuert und teils drastische Reformen in ihrer Abteilung eingeleitet. Wir werden die weitere Entwicklung bei der Bearbeitungsdauer von Anträgen im Auge behalten.

Senioren

Unsere immer älter werdende Gesellschaft stellt nicht nur die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen, sondern wird auch die Anforderungen an Kommunalpolitik nachhaltig verändern. Sich auf diesen Prozess vorzubereiten, ist das Gebot der Stunde. Im Einzelnen haben wir in diesen Politikfeldern Folgendes erreichen können:

- **Die Angebote im Seniorenfreizeitbereich konnten in vollem Umfang aufrecht erhalten werden. Verstärkt wurden die Angebote beim Umgang mit neuen Medien (Internetzugang) (Drs. 1171/XVIII) sowie bei Bewegungsangeboten und der Einrichtung von Sporträumen in Seniorenfreizeitstätten.** Damit wird einer veränderten Nachfrage der Senioren Rechnung getragen.
- **Die langfristige Sicherung der Seniorenfreizeitstätte Bülowstraße durch ein integriertes Kiezkonzept für Menschen ab 50 (Drs. 57/XVIII) konnte auf Initiative der CDU erreicht werden.** Damit bleibt ein wichtiger Treffpunkt für diese Altersgruppe im Schöneberger Norden erhalten.
- **Finanzielle Absicherung der interkulturelle Senioreneinrichtung HUZUR.**
- **Die Zusammenarbeit zwischen Seniorenvertretung und dem Bezirksamt ist eng und vertrauensvoll.** Der zuständige Stadtrat der CDU sieht dieses neue Selbstverwaltungsgremium der Senioren als wichtigen Impulsgeber an.
- **Der Schwerpunkt der Seniorenbetreuung hat sich inzwischen zu den jüngeren und mobileren Senioren verschoben.** Beispiele dafür sind die Durchführung von Informationsveranstaltungen zu verschiedensten Themen, Führungen und kulturelle Veranstaltungen (z. B. das Galakonzert in der Philharmonie).
- **Im Bezirk gibt es den ständig weiterentwickelten und umfangreichen Seniorenratgeber sowie auch zunehmend spezielle Angebote und Hinweise über das Internet.**
- **Tempelhof-Schöneberg hat inzwischen die 2. Seniorenmesse durchgeführt.** Hier gibt es verschiedenste Angebote und Informationen rund um die Themen Alter, Gesundheit und Kultur.
- **Die CDU hat dafür gesorgt, dass Informationsveranstaltungen zur neuen Rentenbesteuerung für die Senioren im Bezirk durchgeführt werden (Drs. 1171/XVIII).** Das Thema wird im Jahr 2010 bei den Senioren eine große Rolle spielen. Es ist daher sinnvoll, gemeinsam mit Fachpersonal der Finanzämter Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Die Realisierung ist bereits teilweise erfolgt.
- **2009 wurde auf Antrag der CDU (Drs. 1133/XVIII) das 1. Seniorenforum durchgeführt.** Themen waren unter anderem die Rentenbesteuerung und Angebote für altersgerechtes Wohnen. Hierfür waren kompetente Gesprächspartner mit Hilfe des Bezirksamtes organisiert worden.
- **Alter führt häufig zu Mobilitätseinschränkungen. Die CDU tritt deshalb für verstärkte Anstrengungen zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein.** Knappe Mittel für den baulichen Erhalt der Gebäude setzen jedoch enge Grenzen.

Integration

Integration ist nicht die multikulturelle Gesellschaft. Die CDU will dagegen die Integration der Zuwanderer in die bestehenden Lebens- und Gesellschaftsbedingungen Deutschlands. Integration lässt sich nicht verordnen, sie wächst im Alltag und wird durch verschiedenste kommunale Angebote, insbesondere im Bildungsbereich unterstützt. Dem Spracherwerb messen wir dabei eine Schlüsselfunktion zu. Folgende Ideen konnten wir realisieren.

- **Auf Antrag der CDU konnte zunächst der Standort des Integrationszentrums Harmonie e.V. in der Hauptstraße gesichert und anschließend der Umzug in die Katzlerstraße in die Wege geleitet werden.** Der Verein arbeitet ehrenamtlich, lediglich die Mietkosten müssen finanziert werden. Er ist eine der wenigen Anlaufstellen für osteuropäische Aussiedler und Migranten in unserem Bezirk. Hier werden Menschen bei Behördengängen, Schulproblemen und anderen Alltagsfragen unterstützt.
- **Im Rathaus Schöneberg wird 2011 die Islamismus-Ausstellung der Bundesregierung zu sehen sein.** In der Ausstellung werden die Widersprüche des Islamismus zur freiheitlich demokratischen Grundordnung aufgezeigt und die verschiedenen Erscheinungsformen, Ziele und Aktivitäten islamistischer Organisationen in Deutschland beleuchtet. Damit wird ein Beitrag zur Differenzierung zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als politischer Bewegung geleistet.
- **In der Gertrud-Kolmar-Bibliothek in der Pallasstraße konnte aus Geldern des Quartiersmanagements in Höhe von 15.000,-€ eine interkulturelle Abteilung eingerichtet werden.** Die Ausleihzahlen sind seitdem merklich gestiegen, die Bibliothek ist zu einem Anlaufpunkt für bildungsinteressierte Menschen nichtdeutscher Herkunft geworden.
- **Für den Bezirk ist ein Sprachförderkonzept für Heranwachsende und Jugendliche erarbeitet worden (Drs. 472/XVIII).** Hiermit werden im Bezirk gute Erfolge erzielt, da ein abgestimmtes Handeln unterschiedlicher Abteilungen existiert.
- **Auf Antrag der CDU (Drs. 1269/XVIII) gibt es nunmehr den Auftrag an das Bezirksamt, bei Bedarf in Schulen mit hohem Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache die Einrichtung von „Deutsch-Garantie“ Klassen nach dem Vorbild des Bezirkes Mitte zu prüfen.** Ziel ist, in Gebieten mit hohem Migrantenanteil Schulen mit speziellen Klassen ausschließlich für sprachkompetente Kinder auch für bildungsbewusste Eltern attraktiv zu halten. Im Bezirk Mitte wurden damit sehr positive Erfahrungen gemacht.

Natur und Umwelt

Ziel unserer Bezirkspolitik ist, bestehende Grünanlagen zu erhalten. Die finanzielle Lage des Bezirkes schließt neue Anlagen faktisch aus. Vielerorts konnte der Bestand an Straßenbäumen und Grünanlagen aber gesichert werden. Damit hat Tempelhof-Schöneberg mehr als viele andere Bezirke für seine Bürger erreicht. Im Einzelnen konnten wir Folgendes realisieren:

- **Auf Initiative der CDU hat der Bezirk in den letzten Jahren eine ausgeglichene Baumbilanz (Drs. 819/XVIII) angestrebt und weitestgehend erreicht.** Ziel ist, gefällte Straßenbäume sollen umgehend wieder ersetzt werden, denn Straßenbäume haben eine wichtige Funktion für die Lebensqualität der Bewohner.

- **Der Platz vor dem Rathaus Schöneberg ist in erbärmlichem Zustand. Die CDU will, dass mit einfachen Mitteln wieder eine ansprechende Gestaltung erfolgt (Drs. 1094/XVIII).** Dafür sollen die Pflanzschalen auf dem Rathausvorplatz und rund um das Rathaus instandgesetzt und neu gestaltet werden. Wir rechnen im Jahr 2010, spätestens aber in 2011, mit der Realisierung.
- **Die CDU tritt für eine kritische Begleitung der Grünpflegemaßnahmen im Bezirk ein (Drs. 313/XVIII).** Die Abholzaktionen am Cosimaplatz und im Nelly-Sachs-Park im Jahre 2007 konnten zwar nicht mehr verhindert werden, seit unserer Intervention geht der Bezirk jedoch deutlich behutsamer beim Rückschnitt von Bäumen und Sträuchern vor. Auch hier heben wir uns angenehm von anderen Bezirken ab. Dennoch kann nicht verhehlt werden, dass aufgrund der Unterfinanzierung der Bezirke durch den Senat der bisherige Pflegestandard im Bezirk weiter absinken muss.
- **Die Sanierung der Teichanlagen im Bosepark am Tempelhofer Damm.** Damit ist die Geruchsbelästigung für Parkbesucher in den Sommermonaten beendet.
- **An der Autobahntrasse A 103 in Höhe Rembrandt/Menzelstraße konnte der Lärmschutz durch Baumpflanzungen wiederhergestellt werden (Drs. 617/XVIII).**
- **Anliegerbeiträge für den Park Gleditschstraße / Winterfeldtplatz hält die CDU für unververtretbar und unterstützt hier die Anwohner in ihrem Rechtsstreit gegen das Bezirksamt.** Die Bürger wurden weder frühzeitig noch ausreichend informiert und werden durch einen Alleingang des SPD Stadtrates mit teilweise vier- und fünfstelligen Summen belastet. Es wurde seitens des Bezirksamtes nicht einmal der Versuch unternommen, diese Anlage beitragsfrei zu stellen, obwohl dafür sachliche Voraussetzungen bestanden hätten. In der BVV gibt es mit Ausnahme der SPD breite Unterstützung für die Position der CDU. Die von einigen Anliegern aufgenommene Rechtsprüfung ist im Hauptsacheverfahren noch nicht abgeschlossen und kann durchaus im Sinne der betroffenen Anlieger entschieden werden.
- **Die Schließung des Kleistparks in den Abendstunden wurde mehrfach von der CDU angestrebt.** Wir halten es aus Sicherheitsgründen für die Parknutzer für zweckmäßig, wollen damit aber auch dem Vandalismus in der Grünanlage und insbesondere an den denkmalgeschützten Königskolonnaden entgegenwirken. SPD und Grüne haben dies bis heute verhindert, so dass im Kleistpark weiter sinnlos Geld für die Beseitigung von Graffiti und anderen Vandalismusschäden verwendet werden muss.



Ziel unserer Verkehrspolitik ist der Kompromiss zwischen dem Anspruch nach einem ruhigen Wohnumfeld, dem Wunsch nach Mobilität und den Erfordernissen moderner Wirtschaftsstrukturen. Die CDU lehnt das Straßenausbaubeitragsgesetz ab, denn es dient in seiner Berliner Prägung ausschließlich dazu, den Anwohnern unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen am Straßennetz aufzubürden. Im Süden des Bezirks haben wir uns gemeinsam mit der Bürgerinitiative in Lichtenrade für den Bau der Dresdener Bahn in Tunnellage eingesetzt, Entscheidungsträger ist aber nicht der Bezirk, sondern Senat und Bahn AG. Im Einzelnen konnten wir Folgendes erreichen:

- **Einführung einer gebührenfreien Kurzparkzone (Brötchentaste) in Friedenau.**
- **Gemeinsam mit der Anwohnerinitiative konnte die Parksituation am Winterfeldplatz sowie die Belästigungen durch teilweise nächtlichen Lärm an Markttagen verbessert werden.**
- **Die Anwendung des Straßenausbaubeitragsgesetzes auf die Anlieger der Arnulfstraße konnte bisher verhindert werden.** Auf Druck der CDU-Fraktion musste das Bezirksamt durch ein Gutachten von der Notwendigkeit einer umlagefähigen Grundinstandsetzung der Fahrbahn Abstand nehmen. Nunmehr soll eine einfache Instandsetzungsmaßnahme der Fahrbahn erfolgen. Für den Gehweg- und Fahrradbereich plädiert die CDU ebenfalls für nicht umlagefähige Instandsetzungsmaßnahmen.
- **Im Bereich der Eisackstraße konnte gemeinsam mit den Anwohnern das Bezirksamt gestoppt werden, einen als Parkplatz genutzten Mittelstreifen zur Grünanlage zu erklären und damit Dutzende von Parkplätzen wegfallen zu lassen.** Als Ergebnis konnte der alte Zustand beibehalten werden.
- **Initiativen zur Erweiterung der Fahrradabstellanlagen an Schnellbahnhöfen (z. B. Südkreuz), der Einsatz von Dialogdisplays zur Schulwegsicherung sowie die punktuelle Verbesserung von Straßenüberquerungen (z.B. Sehbehindertenampel am Mariendorfer Damm in Höhe der Seniorenwohnanlage Kruckenbergstraße) wurden oder werden in nächster Zeit realisiert.**
- **Bessere und sichere Fahrradführung auf dem Tempelhofer Damm (Drs. 764/XVIII).** Fahrradverkehr spielt in Berlin eine immer größere Rolle für breite Gruppen der Gesellschaft. Die Fahrradführung auf dem Tempelhofer Damm ist gefährlich und nicht mehr zeitgemäß. Die CDU sucht gemeinsam mit den Interessenverbänden und den zuständigen Behörden nach möglichen Alternativen.
- **Ein Verkehrschaos bei Großveranstaltungen auf dem Tempelhofer Feld muss künftig verhindert werden.** Gemeinsam wollen alle Parteien im Bezirk, dass die Veranstalter Parkplätze auf dem Gelände nachweisen und eine abgestimmte Verkehrsplanung zwischen Senat und Bezirk für die Veranstaltungstage existiert, damit die Anwohner vor Park- und Suchverkehr geschützt werden. In der praktischen Durchführung gibt es leider nach wie vor Mängel, da der Senat wie bei vielen Themen bürokratisch und orientierungslos handelt.

- **Bei der Erneuerung des Asphalts am Tempelhofer Damm und in der Ordensmeisterstraße in Höhe des neuen Hafencenters wurde im Bezirk auf Antrag der CDU erstmalig ein geräuscharmer Fahrbahnbelag verwendet.** Die Maßnahme ist kostenneutral und gleichzeitig ein aktiver Beitrag zum Lärmschutz. Künftig soll bei allen größeren Instandsetzungsmaßnahmen diese Asphaltart verwendet werden.
- **Die Erweiterung der Straßenentwässerung in Friedenau konnte gemeinsam mit der Anwohnerinitiative und der CDU-Abgeordnetenhausfraktion ohne finanzielle Beteiligung der Anwohner erreicht werden.** Die Baumaßnahme hat bereits begonnen und wird nach Jahrzehnten regelmäßiger Überflutung der Keller in der Friedenauer Senke nach stärkeren Regenfällen diesen Umstand beenden.
- **Verbessertes Angebot an Parkplätzen für Menschen mit Behinderungen (Drs. 842/XVIII),** der Vorgang wird noch immer vom Bezirksamt geprüft.



Stadtentwicklung und Wirtschaft

Seit Übernahme des Stadtplanungsressorts durch die CDU wurden Neuinvestitionen im Bezirk bewusst gefördert, aber auch gleichzeitig die berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger nach einem ruhigen und gesunden Wohnumfeld verstärkt beachtet. Ohne Investitionen in allen Bezirken und damit der Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen in Berlin wird sich dauerhaft die katastrophale soziale und finanzielle Lage Berlins nicht verbessern. Deshalb kommt diesem Bereich eine Schlüsselaufgabe für die Zukunftssicherung zu. Die schwerwiegenden Fehlentscheidungen des Senates (z.B. die Einstellung des Flugbetriebes in Tempelhof) kann der Bezirk nicht korrigieren, aber er kann versuchen, den Bezirk attraktiv zu gestalten. Inzwischen ist insbesondere im Schöneberger Bereich seit 2009 auch eine verstärkte Nachfrage für Wohnungsbau festzustellen. Folgendes haben wir erreicht:

- **Planungsrechtliche Sicherung des Großinvestitionsvorhabens EUREF auf dem Gelände des Schöneberger Gasometers.** Hier sollen ein Wissenschaftsstandort sowie gemischte gewerbliche Nutzung auf dem ehemaligen GASAG Gelände entstehen. Das Gesamtinvestitionsvolumen soll rund 500 Millionen Euro betragen. Gelingt die Realisierung des Vorhabens, ist dies die größte Bauinvestition nach dem Flughafen Schönefeld in Berlin. Der Baubeginn ist für 2011 vorgesehen.

- **Neugestaltung des Breslauer Platzes in Friedenau in Abstimmung mit den vor Ort tätigen Bürgerinitiativen (Drs. 667/XVIII).** Ziel ist die Wiederherstellung eines attraktiven Stadtplatzes in Friedenau ab 2011. **Durch den Umbau des Walther-Schreiber-Platzes soll der südliche Abschnitt der Rheinstraße wieder interessanter werden.** Für beide Maßnahmen ist die Finanzierung aus zusätzlichen Geldern des Senats gesichert.
- **Sicherung der Historischen Fassaden in der Schöneberger Zietenstraße durch den Bezirk (Drs. 535/XVIII).** Nach fast zwei Jahren mussten die Stuckfassaden durch den Eigentümer instandgesetzt werden.
- **In der Nähe der Sportplätze an der Monumentenstraße soll ein neues Familienzentrum entstehen.** Als Baubeginn ist 2010/11 vorgesehen. **Zwischen Monumenten- und Dudenstraße entstehen gleichzeitig nach dem Vorbild des Bezirks Mitte rund 100 Wohnungen mit Hilfe von sogenannten Baugruppen.**
- **Die CDU will sämtliche Kleingärten im Bezirk sichern (Drs. 999/XVIII),** soweit damit nicht wichtige Infrastrukturen (z. B. Schulen etc.) behindert werden. In Berlin und unserem Bezirk gibt es auf absehbare Zeit ausreichend Industriebrachen zur Gewerbeansiedlung, hierfür muss keine individuelle Grünnutzung vernichtet werden.
- **Der Ankauf der Restflächen für den neuen Cherusker-Park konnte realisiert werden.** Damit wird eine Aufwertung des Wohngebietes erreicht. **Der Neubau der Naumannstraße wird das angrenzende Wohngebiet vom Verkehr entlasten** und das bisher tote Gebiet um den Bahnhof Südkreuz erhält entscheidende Impulse durch das EUREF-Projekt für weitere Investoren. **Der Neubau des Parks am Gleisdreieck mit dem nach Süden auslaufenden ehemaligen Bahngelände verbessert die Wohngebiete in Schöneberg-Ost zusätzlich.**
- **Realisierung des Tempelhofer Hafens als neues Einkaufscenter am Tempelhofer Damm.** Hiermit soll der jahrelange Niedergang der Einkaufsstraße gestoppt werden. Für die weitere Entwicklung des Tempelhofer Damms werden die Zukunft des Karstadthauses und die Realisierung eines weiteren Handels- und Dienstleistungsstandortes auf dem Rathausparkplatz am nördlichen Tempelhofer Damm von Bedeutung sein.
- **Erstellung eines Einzelhandelskonzepts für den Bezirk.** Die Entwicklung des Einzelhandels in unserem Bezirk, insbesondere in den Einkaufsstraßen Tempelhofer Damm, Rhein- und Hauptstraße spielt eine wichtige Rolle. Hier wird es darum gehen, die Zentren zu stärken, ohne die Nahversorgung der Menschen aus den Augen zu verlieren. Dabei steht der „Großmarkt auf der grünen Wiese“ ebenso wie die Inflation von Discount-Märkten auf dem Prüfstand.
- **Wir haben, soweit rechtlich möglich, die Ansiedlung neuer Spielhallen im Bezirk (Drs. 784/XVIII) verhindert.** Grundsätzlich gibt es in Deutschland Gewerbefreiheit. Deshalb ist die Verhinderung bestimmter Gewerbearten, die negative Auswirkungen auf das Wohnumfeld haben, sehr schwierig. Im Bezirk wird dies jetzt mit Bebauungsplänen z. B. am Tempelhofer Damm versucht. Teilweise ist der Bezirk damit erfolgreich gewesen.

- **Die CDU im Bezirk ist nicht der Auffassung, dass Bordellbetriebe in Wohngebieten oder Wohnhäusern förderungswürdige Einrichtungen sind.** Eine Mehrheit von SPD, FDP und Grünen unterstützt auch Wohnungsbordelle im Bezirk. Eine inzwischen veränderte Rechtsprechung lässt darüber hinaus auch Bordellbetriebe trotz störender Nebenerscheinungen in Wohngebieten zu. Hier konnten wir keine Mehrheit im Bezirk erreichen.
- **Die Schließung des Flughafens Tempelhof ist eine entscheidende Schwächung des Wirtschaftsstandortes Berlin. Wir haben zusammen mit mehr als 500.000 Berlinern den Versuch unternommen, die Schließung des Flughafens zu verhindern.** Am Ende hat es nicht gereicht. Die aktuellen Vorstellungen des Senats halten wir für Luftschlosser. **Der Schwerpunkt der Aktivitäten muss nun auf eine wohnumfeldverträgliche Nutzung der Flughafengebäude sowie mittelfristig aus stadttökologischen Gründen auf den Neubau eines großen Bürgerparks ausgerichtet sein.** Die CDU favorisiert dabei eine weiterhin umzäunte Fläche und einen kontrollierten Zugang analog des BUGA Parks im Britzer Garten. Freier Zugang auf das ehemalige Flugfeld führt lediglich zur Zerstörung der denkmalgeschützten Anlagen. Ein weiterer Schwerpunkt muss in einer zügigen Vermietung des Flughafengebäudes liegen.
- **Wirtschaftsverbände und Geschäftsstraßenmanagement konnten weiter ausgebaut werden. Beispiele sind:**
 - das M-Street-Projekt in der Potsdamer Straße
 - die gewerblichen Netzwerke in der Großbeerenstraße und Motzener Straße
 - TEMA am Tempelhofer - und Mariendorfer Damm
 - die Einzelhandelsinitiative am Bayerischen Platz und in der Grunewaldstraße
 - die Gewerbeinitiative in der Lichtenrader Bahnhofstraße
- **Auf Initiative der CDU (Drs. 148/XVIII) wurde ein gebündeltes Wirtschaftsmanagement für den Bezirk beschlossen.** Ziel ist die Bündelung von Maßnahmen und Ideen der Gewerbetreibenden, Eigentümer und Mieter, die sich für eine Stärkung des Einzelhandelsstandorts Tempelhof-Schöneberg einsetzen. Hierzu wurde ein zentrales Verzeichnis errichtet, das seitens des Bezirksamtes im Internet frei zugänglich gemacht wird. Die Wirtschaftsförderung nimmt hierbei die Funktion eines vermittelnden Dienstleiters für die Initiativen ein.

